

Steinberg, Guido

Research Report

Katar und der Arabische Frühling: Unterstützung für Islamisten und anti-syrische Neuausrichtung

SWP-Aktuell, No. 7/2012

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Steinberg, Guido (2012) : Katar und der Arabische Frühling: Unterstützung für Islamisten und anti-syrische Neuausrichtung, SWP-Aktuell, No. 7/2012, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/255027>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Katar und der Arabische Frühling

Unterstützung für Islamisten und anti-syrische Neuausrichtung

Guido Steinberg

Das ebenso kleine wie reiche Golfemirat Katar bemüht sich um eine Führungsrolle in der arabischen Welt und hat vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings seine Außenpolitik neu ausgerichtet. Dabei knüpft es an seine ältere Strategie an, gute Beziehungen zu allen Akteuren zu pflegen, die für das Überleben des Emirats wichtig sein könnten – in erster Linie USA und Iran. Parallel dazu versucht Doha, das bis 2011 hauptsächlich auf den autoritären Status quo in der Region setzte, von den Umstürzen in der arabischen Welt zu profitieren, indem es die Muslimbrüder und andere islamistische Oppositionsgruppen unterstützt. In Syrien droht diese Politik das Land nun in einen Konflikt mit seinem mächtigen Nachbarn Iran zu bringen. Während Katar sich schon im Frühsommer offen auf die Seite der Opposition gestellt hat, will der Iran das Regime Bashar al-Asads und damit seinen Hauptverbündeten im Nahen Osten vor dem Fall retten. Die Syrien-Krise könnte Katars traditionellen Balanceakt zwischen den USA und ihren Verbündeten einerseits und dem Iran und seinen Alliierten andererseits gefährden.

Seit Beginn des Arabischen Frühlings hat sich Katar als einer der prominentesten Unterstützer der Protestbewegungen in Nordafrika und im Nahen Osten etabliert und in fast allen Konflikten in der arabischen Welt eine wichtige Rolle gespielt. Dies deutete sich bereits im März 2011 an, als die Führung in Doha die Arabische Liga dazu drängte, eine Intervention der Nato in Libyen zu befürworten. In Bezug auf Syrien zögerte Doha zunächst, stellte sich jedoch im Frühsommer auf die Seite der Protestbewegung und setzte sich an die Spitze derjenigen Staaten in der Arabischen Liga, die Sanktionen gegen das Regime Bashar al-Asads verhängten. Mit der klaren

Parteinahme in Libyen und Syrien wandte sich Katar zumindest teilweise von seiner bisherigen Politik ab, die vor allem auf Vermittlung zwischen Konfliktparteien und gute Beziehungen zu allen Regionalmächten gesetzt hatte.

Grundlinien der Außenpolitik

Katar bemüht sich seit Mitte der 1990er Jahre, seinen Bekanntheitsgrad international zu steigern und das Interesse möglichst vieler und mächtiger Länder an seinem und dem Fortbestand des Regimes der Herrscherfamilie Thani zu wecken. Diese Politik wird maßgeblich von dem seit 1995 regie-

renden Emir Hamad b. Khalifa Al Thani und seinem Ministerpräsidenten und Außenminister Hamad b. Jasim Al Thani geprägt. Bis in die 1990er Jahre galt Katar als Klient seines mächtigen Nachbarn Saudi-Arabien. Seit seinem Amtsantritt aber betont Emir Hamad die Unabhängigkeit des Emirats. Diesem Zweck diene beispielsweise die Gründung des Satellitensenders al-Jazeera, der Katar überregional bekannt machte. Insgesamt war Katar bestrebt, gute Beziehungen zu den USA und Iran und ihren jeweiligen Verbündeten in der Region zu pflegen und durch Vermittlung in Regionalkonflikten im Sudan, Libanon, Jemen und in Palästina als bedeutender regionaler Akteur anerkannt zu werden.

USA

Aufgrund seiner eigenen militärischen Schwäche setzte Katar zunächst auf enge sicherheitspolitische Beziehungen zu den USA. 1995 schloss das Emirat ein Verteidigungsabkommen mit der Clinton-Administration und baute in den folgenden Jahren seine militärische Verbindung zu Washington kontinuierlich aus. Seit 2003 unterhält das US-Militär in Udaid seinen wichtigsten Luftwaffenstützpunkt im Mittleren Osten. Doha hält die amerikanische Militärpräsenz für unabdingbar, um sich vor seinen Nachbarn zu schützen. Gleichzeitig befindet sich die katarische Führung in einem Dilemma: Einerseits fürchtet sie, der Iran könnte Atomwaffen entwickeln und eine aggressivere Hegemonialpolitik in der Golfregion betreiben. Andererseits sorgt sich Doha, dass die USA oder Israel die iranischen Atomanlagen attackieren könnten. Für diesen Fall hat der Iran dem kleinen Nachbarn bereits unverhohlen mit nicht näher bezeichneten Gegenschlägen gedroht. Vor allem hat Katar Angst vor iranischen Angriffen auf seine Gasinfrastruktur.

Iran

Katar teilt sich mit dem Iran das größte Gasfeld der Erde (das in Katar North Field

und im Iran South Pars heißt). Beide Länder sind daher langfristig auf Zusammenarbeit angewiesen, wollen sie maximalen Nutzen aus den Gasvorkommen ziehen. Bei fortschreitender Ausbeutung des Feldes werden die Förderanlagen immer näher zusammenrücken, so dass Grenzstreitigkeiten wahrscheinlicher werden. Die iranische Führung sieht Katars Energiepolitik schon heute kritisch, weil das Golfemirat aufgrund seines technologischen Vorsprungs sehr viel mehr Gas aus dem gemeinsamen Feld fördert und weitaus mehr verflüssigtes Gas (Liquefied Natural Gas, LNG) ausführt als der Iran. Während dieser wegen chronischer Finanzprobleme die für die Gasproduktion hohen Anfangsinvestitionen nicht aufbringen kann, ist Katar mittlerweile der weltweit größte LNG-Exporteur. Mit amerikanischer Hilfe ist Doha deshalb damit beschäftigt, den Schutz für seine Energieinfrastruktur stetig zu verbessern. Gleichzeitig versucht das Emirat, die Führung in Teheran nicht unnötig zu provozieren und mit dem Nachbarn im Dialog zu bleiben.

Saudi-Arabien

Die katarische Führung glaubt auch, ihr Land vor Saudi-Arabien schützen zu müssen. Denn Riad betrachtete das Emirat lange als Bestandteil des eigenen Einflussbereichs und Doha argwöhnt, dass die Saudis sich Katar gerne einverleiben würden, wenn sich die Gelegenheit bietet. Solange amerikanisches Militär in Katar stationiert ist, dürfte dies nicht eintreten. Dennoch ist das katarische Misstrauen nicht unbegründet, da der große Nachbar immer wieder Anstalten machte, die katarische Innenpolitik zu beeinflussen, etwa indem er prosaudische Personen in der Herrscherfamilie unterstützte.

Die Spannungen zwischen den beiden Ländern nahmen ab 1995 zu, weil der neue Emir versuchte, sich von dem übermächtigen Patron und Nachbarn zu emanzipieren. Emir Hamads einflussreichstes Instrument war der 1996 mit staatlicher Finanzierung gegründete Fernsehsender al-Jazeera, der

schnell zum populärsten Medium der arabischen Welt avancierte. Mit hoher journalistischer Professionalität und seiner verhältnismäßig freien Berichterstattung, die oppositionellen Stimmen jeglicher Couleur ein Forum bot, sorgte er dafür, dass das bis dahin weithin unbekanntes Doha zu einer vielbeachteten Adresse in der Politik der Region wurde. Es gibt kaum ein Regime in der arabischen Welt, das nicht versuchte, die Berichterstattung durch diplomatische Proteste, Schließungen von Büros des Senders und Schikanen gegen seine Journalisten vor Ort zumindest zeitweilig zu verhindern. Vor allem Saudi-Arabien zeigte sich mehrfach äußerst verstimmt über die dortigen Auftritte saudi-arabischer Dissidenten.

In Reaktion auf die häufigen Proteste behauptete die katarische Führung immer wieder, al-Jazeera sei unabhängig. Dass dem nicht so war, zeigte beispielsweise die Berichterstattung zu Saudi-Arabien: Nachdem die Führung in Doha erkannt hatte, dass die zu erwartende Eskalation des Konflikts mit dem Iran eine Annäherung an die Saudis notwendig machte, verbesserten sich die Beziehungen zum großen Nachbarn ab 2008/2009. Sofort hatten es Kritiker Saudi-Arabiens deutlich schwerer, sich auf al-Jazeera zu äußern. Mit dem Arabischen Frühling wurde das Ausmaß staatlicher Kontrolle noch sehr viel deutlicher. In der Berichterstattung zu Bahrain und Syrien folgte al-Jazeera den Grundlinien der Regierungspolitik und reagierte unmittelbar auf Richtungswechsel. Dabei scheint es im Sender Widerstände gegeben zu haben, so dass die Regierung im Laufe des Jahres 2011 ihre Kontrolle ausbaute. Unter anderem ersetzte sie al-Jazeeras langjährigen (palästinensischen) Direktor durch ein Mitglied der Herrscherfamilie.

Die seit 2008/2009 verbesserten Beziehungen zu Saudi-Arabien waren die bedeutendste Veränderung in der katarischen Außenpolitik der letzten Jahre. Sie bildeten die Grundlage für Katars aktivere Politik im Arabischen Frühling – häufig, aber nicht immer im Verein mit den Saudis. Aufgrund des hohen Alters der Entscheidungsträger,

eines langsamen Entscheidungsprozesses und innenpolitischer Probleme tritt die saudische Führung meist weniger dynamisch auf als Emir Hamad und sein Premierminister.

Katar als Vermittler

Die Stärke der aggressiven Nachbarn veranlasste die katarische Führung ab Mitte der 1990er Jahre, eine Balancepolitik zu betreiben und ab etwa 2005 zunehmend in regionalen Konflikten zu vermitteln. Es scheint dem Emirat zunächst vor allem darum gegangen zu sein, sich dem Westen als Akteur zu präsentieren, der wertvolle Dienste für die Lösung der zahlreichen Konflikte in der Region anbieten kann. Möglicherweise kam der Wunsch hinzu, Konflikte zu entschärfen, um Schäden für die regionale Stabilität abzuwenden. Bei den Vermittlungsbemühungen im Sudan, im Libanon und im Jemen (alle 2008) erwies sich Katar als Vermittler, der zwar Fortschritte erzielte, ohne jedoch eine Lösung oder dauerhafte Befriedung der jeweiligen Konflikte zu erreichen.

Der erfolgreichste Vermittlungsversuch der Kataris bislang war der im Libanon 2008. Saudi-Arabien und Syrien fielen als Schlichter aus, weil sie zu deutlich Partei für ihre jeweiligen libanesischen Klienten ergriffen hatten. Dies machte den Weg für das kleine Emirat frei. Ergebnis der Anstrengungen Katars (in enger Absprache mit Saudi-Arabien, Syrien und Iran sowie mit Hilfe großzügiger finanzieller Zuwendungen an die Konfliktparteien) war das Doha-Abkommen vom Mai 2008, in dem die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit im Libanon verabredet wurde.

Um als Vermittler auftreten zu können (und auch als Ergebnis seiner Bemühungen), hat Katar gute Beziehungen zu allen politischen Lagern in der Region aufgebaut, zeitweise sogar zu Israel. Dabei waren es insbesondere die engen Verbindungen der Kataris zu Iran, Syrien, Hamas und Hizbullah, die als guter Grund galten, die Beziehungen zu Doha zu intensivieren (vgl. SWP-

Aktuell 18/2009). Als regionaler Mediator ist Doha außerordentlich wichtig geworden. Selbst die Taliban kündigten an, ein Büro in Katar zu eröffnen.

Förderer der Islamisten

Seit Beginn des Arabischen Frühlings hat Katar begonnen, Protestbewegungen (mit Ausnahme lediglich derjenigen in den Golfstaaten) und dabei insbesondere islamistische Kräfte aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft zu unterstützen. Hier hatte die katarische Führung bereits seit den 1990er Jahren bemerkenswerte Weitsicht bewiesen, denn sie hatte schon damals Islamisten aus aller Herren Länder Zuflucht und mit al-Jazeera ein regionsübergreifendes Forum gewährt. Angelpunkt dieser Politik war und ist der ägyptische Gelehrte Yusuf al-Qaradawi. Er entstammt der Muslimbruderschaft und hat sich im Exil in Doha während der 1990er Jahre zum weltweit bekanntesten und einflussreichsten islamischen Religionsgelehrten entwickelt. Dies wurde ihm durch al-Jazeera erleichtert, wo er bis vor kurzem eine eigene wöchentliche Sendung mit dem Titel »Die Scharia und das Leben« bestritt. Um den berühmten Ägypter herum bildete sich eine Gemeinde exilierter Muslimbrüder, von denen einige im Verlauf des Arabischen Frühlings Funktionen als Anführer, Finanziers, religiöse Autoritäten und Politiker übernahmen. Dies und die finanzielle und sonstige Unterstützung für die Islamisten dürften Katars Einfluss in Tunesien, Libyen, Ägypten, den palästinensischen Gebieten, Syrien und im Jemen noch vergrößern. Während des Arabischen Frühlings unterstützte Qaradawi mehrfach Dohas Politik in Libyen, Syrien und Bahrain.

Die katarische Politik wird sowohl von einem starken Pragmatismus als auch von den Sympathien Emir Hamads für die Islamisten getragen. Zum einen spielten in der Politik gegenüber den genannten Staaten die Grundlinien der katarischen Außenpolitik eine bedeutende Rolle. Dies zeigte sich besonders am libyschen Fall. Dort woll-

te sich das Emirat vorrangig als unentbehrlicher Verbündeter des Westens in der arabischen Welt profilieren, indem es die Natogeführte Intervention befürwortete und sich daran beteiligte. Zum anderen geht es der katarischen Führung um die gezielte Förderung der Islamisten und Salafisten, wie sich ebenfalls, aber keineswegs ausschließlich am libyschen Fall zeigt. Doha hat die Islamisten als die kommenden Kräfte in der Politik Nordafrikas und des Nahen Ostens identifiziert und sucht verstärkt den Schulterschluss mit ihnen. In einem Interview mit al-Jazeera vom September 2011 brachte Emir Hamad seine Überzeugung am libyschen Beispiel zum Ausdruck: »Was ist denn der Grund, der Menschen zu Extremisten macht? Der Extremismus ist das Ergebnis tyrannischer, diktatorischer Regierungen oder Führer (wozu der Emir Katar offenkundig nicht zählt, G.S.), die ihnen keine Gerechtigkeit geben, die ihnen keine Sicherheit gewähren. Das ist es, was zum Extremismus führt. Wenn das Volk aber politisch partizipieren darf, bin ich der Überzeugung, dass Sie sehen werden, wie dieser Extremismus sich in ein ziviles/zivilisiertes Leben (*hayat madaniya*) und eine zivilisierte Gesellschaft verwandeln wird.« Auffällig war, dass der Emir hier nicht nur von der Muslimbruderschaft sprach, die auch von vielen westlichen Beobachtern mittlerweile als »moderat« eingestuft wird. Vielmehr schloss er Salafisten und al-Qaida ausdrücklich ein.

Der Optimismus Emir Hamads bezüglich der Wandlungsfähigkeit von Extremisten hat auch handfeste politische Ursachen. Die Monarchie in Katar hat wenig gemein mit den in der arabischen Welt gestürzten republikanischen Regimen. Die Führung in Doha scheint zu glauben, dass die Muslimbruderschaft und viele Salafisten eine Islaminterpretation vertreten, die mit der in Katar vorherrschenden Wahhabiya vereinbar ist. Zudem erhält Doha Gelegenheit, sich von Saudi-Arabien abzusetzen, dessen Verhältnis zu den Muslimbrüdern nach dem 11. September 2001 stark gelitten hat. Die Hoffnung, dass Katars Beziehungen zu

von Islamisten regierten Ländern besser sein werden als die zu ihren Vorgängern, dürfte durchaus berechtigt sein, betrachtet man die Hilfe, die Katar diesen Kräften gewährt.

Libyen

Schon kurz nach dem Ausbruch des Aufstands in Libyen zeigte Doha, dass es eine Führungsrolle einnehmen wollte, denn es drängte die Arabische Liga, die Einrichtung einer Flugverbotszone und damit eine militärische Intervention zu fordern, wie sie anschließend mit der UN-Sicherheitsratsresolution 1973 möglich wurde. Katar war auch der erste arabische Staat (und erstes Land nach Frankreich), der Ende März 2011 den Nationalen Übergangsrat in Bengasi anerkannte.

Bei der folgenden militärischen Intervention stellte Katar selbst sechs Kampfflugzeuge und war damit neben den Vereinigten Arabischen Emiraten das einzige arabische Land, das an der Intervention der Nato aktiv teilnahm. Darüber hinaus half es den Rebellen, indem es Öl aus Gebieten, die von diesen kontrolliert wurden, für sie transportierte und verkaufte. Al-Jazeera berichtete täglich stundenlang von den Auseinandersetzungen und Yusuf al-Qaradawi rief mehrmals zum Sturz des Gaddafi-Regimes und zur Unterstützung für die Rebellen auf. Zudem schickte Katar militärische Hilfe: In Abstimmung mit den USA, Großbritannien und Frankreich versorgte das Emirat die Rebellen mit Waffen und sein Militär bildete libysche Kämpfer aus. Katar soll auch eigene Spezialkräfte entsandt haben, die sich an den Kämpfen beteiligten. Hierbei dürfte es sich um (pakistanische) Söldner in katarischen Uniformen gehandelt haben. In jedem Fall war das katarische Militär, einschließlich Angehörigen der militärischen Führung, in allen Phasen des bewaffneten Konflikts vor Ort.

Katar dirigierte Waffen und Geld in erster Linie an islamistische Rebellen, nur ein kleiner Teil ging an den Nationalen Übergangsrat. In Bengasi wurden vor allem

Milizen aus dem Umfeld der Muslimbruderschaft beliefert, in den westlichen Bergen die Einheiten des ehemaligen Jihadisten und späteren Militärkommandeurs von Tripolis, Abdalhakim Belhaj.

Wichtigster Mittelsmann zwischen den Rebellen und Doha wurde der libysche Muslimbruder Ali Sallabi (geboren 1963). Er hatte seit 1999 im Exil in Doha gelebt und bei Qaradawi studiert. Bereits seit 2007 hatte er zwischen dem Gaddafi-Regime und der damals in Tripolis inhaftierten Führung der jihadistischen Gruppierung »Libysche Islamische Kämpfende Gruppe« (LIKG) vermittelt, die daraufhin dem bewaffneten Kampf abschwor. Der daraus resultierenden engen Beziehungen zum Kommandeur der LIKG, Belhaj, bediente er sich während des Aufstands 2011. Unter den islamistischen Nutznießern der katarischen Hilfe gelangten insbesondere Belhaj und Sallabis Bruder Ismail, der eine starke Rebellengruppe aus Bengasi kommandierte, zu Prominenz. Schon während des Konflikts beklagten sich Vertreter des Übergangsrates, dass die Unterstützung aus Katar vor allem den Islamisten zugutekam.

Nach Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen nahm die Kritik an Doha zu. Die Gegner der Islamisten im Übergangsrat befürchteten, durch die Freunde Katars von der Macht verdrängt zu werden. Dass islamistische Milizen von dem Emirat bewaffnet wurden, erschwerte es dem Übergangsrat, ein staatliches Gewaltmonopol durchzusetzen.

Syrien

Die katarische Syrienpolitik war zu Beginn der Proteste dort insgesamt vorsichtiger, setzte aber nach anfänglichem Zögern auf den Sturz des Assad-Regimes und eine Machtübernahme der von der Muslimbruderschaft dominierten Opposition.

In den ersten Monaten des Volksaufstands in Syrien blieb eine deutliche katarische Reaktion aus. Doha hatte bis dahin gute Beziehungen zu Damaskus unterhalten und maßgeblich dazu beigetragen,

dass Syrien nach dem ihm zugeschriebenen Mord an dem libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri im Februar 2005 seine Isolierung in der arabischen Welt überwinden konnte. Das Doha-Abkommen zum Libanon vom Mai 2008 bestätigte diese Entwicklung. Parallel hatte Katar Milliardensummen in die syrische Wirtschaft investiert, insbesondere den Immobiliensektor. Gute Beziehungen zu den Syrern schienen dem Emirat vordringlich, weil diese auch dessen Verhältnis zum Iran, dem wichtigsten syrischen Verbündeten, zuträglich sein konnten.

Daher zögerte Doha zu Beginn der syrischen Proteste im März 2011, gegen Syriens Führung Stellung zu nehmen. Auch auf al-Jazeera spielten die Proteste zunächst kaum eine Rolle. Nur Yusuf al-Qaradawi äußerte sich mehrfach kritisch zum Vorgehen des Asad-Regimes. Als sich Emir Hamad dem syrischen Wunsch verweigerte, den Gelehrten zur Zurückhaltung aufzufordern, verschärfte sich die öffentliche Auseinandersetzung. Die syrischen Staatsmedien kritisierten die katarische Führung und die Berichterstattung von al-Jazeera wurde immer ausführlicher und aggressiver. Im Juli 2011 schloss Katar als erster Golfstaat seine Botschaft in Damaskus, nachdem sie von Parteigängern Asads angegriffen worden war.

In den Folgemonaten wurde Katar zur treibenden antisyrischen Kraft. Wie schon im libyschen Fall nutzte das Emirat die Arabische Liga, in der es bis März 2012 kommissarisch die jährlich rotierende Präsidentschaft innehat, als vorrangiges Instrument. Der katarische Premierminister Hamad b. Jasim saß der Syrien-Kommission vor, der außer ihm die Außenminister Omans, Saudi-Arabiens, Sudans, Ägyptens und Algeriens angehörten. In einem aufsehenerregenden Schritt suspendierte die Liga im November 2011 die Mitgliedschaft Syriens und kündigte kurz danach an, Wirtschaftssanktionen zu verhängen.

Es zeigte sich jedoch, dass Katar und seine Verbündeten – in erster Linie Saudi-Arabien und auch Ägypten – immer noch

zauderten, den Sturz Asads mit letzter Konsequenz zu betreiben. Dafür dürfte in erster Linie die Sorge vor der Reaktion des Iran und damit einer Verschärfung des sunnitisch-schiitischen Gegensatzes in der Region verantwortlich gewesen sein. Auch die Furcht vor einem Bürgerkrieg in Syrien und seinen Auswirkungen auf die Nachbarländer wird zu Dohas Zurückhaltung beigetragen haben. Dies wurde nur allzu klar, nachdem die Arabische Liga im November 2011 einen Friedensplan vorgelegt hatte, der Folgendes vorsah: ein Ende der Gewalt, den Rückzug der Armee aus den Städten, einen Dialog zwischen Regime und Opposition und die Entsendung einer Beobachtermission zur Verifizierung der Maßnahmen. Mitte Dezember 2011 stimmte die syrische Regierung der Entsendung von Beobachtern zu, ignorierte aber die anderen Teile der Vereinbarung. Obwohl die Gewalt in Syrien im ersten Monat der Mission noch zunahm, konnte sich die Arabische Liga nicht zum Abzug der Beobachter durchringen. Allerdings beorderten die Golfstaaten unter Führung Saudi-Arabiens ihre Beobachter zurück. Katar ging zudem einen Schritt weiter, indem es Mitte Januar 2012 eine Militäraktion arabischer Staaten und eine Überweisung des Syrien-Themas an den Sicherheitsrat forderte – vorerst ohne Ergebnis.

Zwar gibt es vereinzelt Berichte über Waffenlieferungen an die sogenannte Freie Syrische Armee, doch konnten diese noch nicht bestätigt werden. Da aber der Emir von Katar Mitte Januar 2012 ein militärisches Eingreifen der Araber forderte, dürfte es nur eine Frage der Zeit sein, bis Katar die Rebellenarmee mit Waffen ausrüstet, wenn dies nicht schon im Verborgenen geschieht.

Stabilität am Golf

Obwohl Katar in Nordafrika, Syrien und Jemen als Unterstützer der Oppositionsbewegungen gegen autoritäre Regime auftritt, setzt es in seiner Nachbarschaft in den arabischen Golfstaaten und im Inland auf Stabilität. Seit Frühjahr 2011 rückt es enger

an Saudi-Arabien und die Verbündeten im Golfkooperationsrat heran, um sich so vor den Auswirkungen des Arabischen Frühlings zu schützen. Auch in Katar werden die Unruhen im Nachbarstaat Bahrain mit großer Besorgnis wahrgenommen. Zwar gibt es im Emirat selbst keine nennenswerte Opposition, doch denkt auch die Führung in Doha, dass die Proteste im Nachbarland vom Iran geschürt werden. Sie fürchtet, dass ein Machtwechsel in Bahrain unabsehbare Folgen für die Stabilität seiner Nachbarschaft haben könnte. Kürzlich verkündete innenpolitische Reformschritte dürften dagegen eher kosmetischer Natur sein und dazu dienen, Kritik rechtzeitig abzufedern, die wegen des offenkundigen Widerspruchs zwischen der Förderung von Oppositionsbewegungen im Ausland und der autoritären Innenpolitik geäußert werden könnte.

Bahrain und der Golfkooperationsrat

Die Ereignisse in Bahrain wirkten auch auf die Regierung in Doha wie ein Schock. Zwar überließ sie hier den Saudis die Federführung, doch schloss sie sich der Entscheidung des Golfkooperationsrates zur Intervention an und entsandte ein symbolisches Kontingent. Wie die Saudis und Emiratis, die das Gros der Truppen stellten, griffen aber auch die katarischen Soldaten nicht in die Niederschlagung der Proteste ein. Dies wurde bahrainischen Sicherheitskräften überlassen. Die Kataris wurden stattdessen zum Schutz von Gebäuden und Infrastruktur eingesetzt. Diese offene Parteinahme für das Regime steht in eklatantem Widerspruch zur Unterstützung für Rebellen und Protestbewegungen in weiter entfernten Ländern. Erklären lässt sie sich vor allem mit der Angst um die Zukunft des eigenen Regimes.

Die katarische Regierung fürchtet kaum etwas mehr als eine Machtübernahme durch Angehörige der schiitischen Bevölkerungsmehrheit im Nachbarland Bahrain. In der Krise tritt deutlich zutage, dass die katarische Führung ebenso wie ihre Herrscher-

kollegen in Riad, Kuwait, Manama und Abu Dhabi die arabischen Schiiten als potentielle fünfte Kolonne des Iran betrachtet.

Innenpolitische Stabilität

Emir Hamad b. Khalifa Al Thani regiert Katar autoritär. Im außenpolitischen Entscheidungsprozess besitzt zwar auch Premier- und Außenminister Hamad b. Jasim Al Thani eine starke Stellung, doch das letzte Wort hat immer der Herrscher. Der Emir genießt hohes Ansehen in seinem Land, da Ausbau und Modernisierung des Gassektors seit den 1990er Jahren und damit die außergewöhnliche Prosperität als sein Verdienst gelten. Mit rund 77 000 US-Dollar ist das katarische Pro-Kopf-Einkommen das höchste der Welt und die rund 250 000 Staatsbürger Katars genießen vielfältige staatliche Zuwendungen.

Potentielle Konkurrenten um die Macht gibt es in Katar nicht, seit die Händlerschaft in den 1950er Jahren den letzten Rest an Einfluss verlor. Im Gegensatz zu Saudi-Arabien sind die Religionsgelehrten politisch eher unbedeutend. Dies gilt auch für die kleine schiitische Minderheit im Land. Infolgedessen hat es in Katar 2011 keine Rebellion gegeben. Nur im Internet protestierten einige Aktivisten im Frühjahr 2011 gegen die Herrschaft des Emirs und seine prowestliche Außenpolitik.

Die möglicherweise einzige konkrete Gefahr droht dem Herrscher aus der eigenen Familie. Die Al Thani sind mit mehreren tausend Mitgliedern im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die größte Herrscherfamilie in der arabischen Welt und auch nach absoluten Zahlen eine der größten. Immer wieder hat es heftige Flügelkämpfe gegeben, so dass keiner der fünf Thronwechsel im 20. Jahrhundert (1913, 1949, 1960, 1972 und 1995) ohne hitzige Auseinandersetzungen vonstatten ging. Zuletzt setzte der jetzige Emir seinen Vater Khalifa 1995 in einem unblutigen Staatsstreich ab.

In mehreren Fällen hat die saudi-arabische Führung versucht, die Thronfolge zu beeinflussen. 1996 soll sie sogar hinter

einem Putschversuch gegen den neuen Emir gestanden haben, um dessen abgesetzten Vater wieder an die Macht zu bringen. Riad hat in Doha auch heute zahlreiche Fürsprecher, die die Distanzierung des jetzigen Emirs von Saudi-Arabien für einen Fehler halten. Zu ihnen soll der frühere Kronprinz und Sohn Hamads, Jasim (geboren 1978), gehört haben, der deswegen im Jahr 2003 zugunsten seines jüngeren Bruders Tamim (geboren 1980) auf die Thronfolge verzichten musste. Unter konservativ-wahabistischen Familienmitgliedern werden auch die prowestliche Politik des Emirs und die schnelle Modernisierung des Landes kritisch gesehen.

Diese Meinungsverschiedenheiten sind vor allem deshalb bedeutsam, weil gleichzeitig über den Gesundheitszustand des Emirs gemutmaßt wird. In Katar kursieren Gerüchte, dass er schwer krank sei. Die Führung in Riad soll bereits Möglichkeiten ausloten, einen prosaudischen Kandidaten (und damit einen anderen als den derzeitigen Kronprinzen) in einem möglichen Nachfolgestreit zu protegieren.

Unterdessen hat der Emir politische Reformen zugesagt. Im Oktober 2011 kündigte er Wahlen zum Konsultativrat an. Dieser hat 45 Mitglieder, die laut Verfassung von 2003 vom Emir ernannt werden. Ab 2013 sollen 30 von ihnen gewählt werden. Der Schritt wurde weithin als Versuch des Emirs gesehen, der Politik Katars im Arabischen Frühling mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen. Eine nennenswerte Veränderung des autoritären politischen Systems stellen die Wahlen jedoch nicht dar, von einer Demokratisierung ganz zu schweigen.

Weiterhin ein wichtiger Partner

Katar kann seinen begrenzten Führungsanspruch nur durchsetzen, weil Ägypten sehr geschwächt ist und Saudi-Arabien die katarischen Aktivitäten duldet. Dennoch wird Katar auch in den kommenden Jahren eine bedeutende Rolle spielen, weil die innenpolitischen Probleme Ägyptens und

Saudi-Arabiens fortbestehen werden. Katar ist deshalb ein wichtiger Partner für jeden, der Politik im Nahen Osten gestalten will – und damit auch für die deutsche und europäische Politik.

Die Ereignisse des Arabischen Frühlings zeigen jedoch auch die Grenzen des katarischen Potentials. Zu auffällig ist insbesondere der offenkundige Widerspruch zwischen dem Streben nach Stabilität in der Nachbarschaft und der Unterstützung für Protestbewegungen, soweit sie in sicherer Entfernung agieren. In den kommenden Jahren dürfte dies die katarische »soft power« spürbar beeinträchtigen. Dies gilt besonders für den Sender al-Jazeera, der sich vor aller Augen als politisches Instrument der katarischen Führung entpuppt hat.

Auch die offene Parteinahme in zahlreichen Konflikten und die Unterstützung für Muslimbrüder und Salafisten wird die Position Katars verändern. Zum einen dürfte das Land von der Machtübernahme islamistischer Organisationen in arabischen Ländern profitieren. Zum anderen hat sich Katar hiermit die Möglichkeit genommen, künftig als unparteiischer Vermittler aufzutreten. Denn viele Gegner der Islamisten in Libyen, Tunesien und Ägypten sind in den letzten Monaten auch zu Gegnern Katars geworden.

Besonders problematisch ist jedoch, dass Katar in der Syrienpolitik auf eine militärische Lösung setzt. Dies verschärft den Interessengegensatz zwischen Katar und Iran in Syrien. Sollten die Auseinandersetzungen in Syrien eskalieren, dürfte auch der Iran dem syrischen Machthaber Asad noch nachdrücklicher als bisher unter die Arme greifen, so dass wohl die Streitigkeiten zwischen Iran und Katar zunehmen werden. Angesichts des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Nachbarn ist dies eine höchst riskante Politik.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364